

HEIDELBERGER BÜRO FÜR FAMILIENFRAGEN UND SOZIALE SICHERHEIT (HBF)

PRESSEDIENST

TRÄGER: DEUTSCHER ARBEITSKREIS FÜR FAMILIENHILFE e.V., FREIBURG/BR

HBF-PRESSEDIENST, Biesinger Str. 16, 72070 Tübingen, Tel: 07071-400690, Fax: -400691 od. -2, E-Mail:
FamilienbueroHD@t-online.de, www.heidelberger-familienbuero.de

HBF-Hintergrund - HBF-Hintergrund - HBF-Hintergrund

Tübingen, 15. Januar 2003

Zum neuen Ganztagsbetreuungs-Gutachten des DIW: Experten können auch Illusionen plausibelrechnen

Sehr geehrte Damen und Herren,

das DIW hat der rot-grünen Bundesregierung auftragsgemäß vorgerechnet, dass der Ausbau der Ganztagesbetreuungsmöglichkeiten sich rechnet. Dass diese Rechnung ein gewaltiges, aber sehr publikumswirksames Illusionspotential enthält, haben wir kürzlich in einem Meinungsbeitrag für die SUEDEDEUTSCHE ZEITUNG dargelegt (s.u.).

Bemerkenswert ist zudem, dass die rot-grüne Regierung die Alternative zu ihrem Familienkonzept, nämlich ein "Erziehungsgehalt/Erziehungseinkommen" lieber nicht in ihren volkswirtschaftlichen Konsequenzen durchrechnen lässt. Dies wäre nicht nur die logische Konsequenz aus dem Verfassungsauftrag, die diskriminierungslose "Wahlfreiheit für Eltern bei der Art der Kinderbetreuung" herzustellen (vgl. BVerfG-Kinderbetreuungsurteil). Die ersten Studien zu dieser Fragestellung können sich zudem durchaus mit den Ergebnissen des DIW-Auftragsgutachten messen (siehe HBF-Internetseite Rubrik "Erziehungsgehalt/einkommen" und s.u.).

Schliesslich kann sich die rot-grüne Regierung bei ihrer Fixierung auf die ausschliessliche Foerderung der Ganztagsbetreuung nicht auf ihren einschlägigen Sachverstand (vgl. Gutachten des Familienwissenschaftlichen Beirates beim Bundesfamilienministerium s.u.) stuetzen. Allerdings entspricht dies genau den "familienpolitischen" Vorstellungen der Wirtschaft ("In Kinderbetreuung investieren" / DIHK-Präsident Braun zum DIW-Gutachten über Kinderbetreuung. PM vom 15. Januar 2003).

Mit freundlichen Grüßen
HBF-Pressdienst

Inhaltsübersicht:

- [HBF-Gastbeitrag in der SUEDEDEUTSCHEN ZEITUNG: Die grosse Kinderbetreuungsillusion](#)
- [HBF-Lesetip ZAW-Gutachten: Das Elend am Arbeitsmarkt oder vom vergessenen Sinn einer Volkswirtschaft](#)

- [HBF-Meldung: Familienwissenschaftlicher Beirat fordert "Eltern als Bildungsinstanz deutlich staerken!" - Noch unveroeffentliches Gutachten](#)

HBF-Gastbeitrag in der SUEDEUTSCHEN ZEITUNG: Die grosse Kinderbetreuungsillusion

Tuebingen, 28. Dezember 2002

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus aktuellem Anlass ausnahmsweise am Samstag ein Hinweis auf eine Veroeffentlichung unseres Bueros in der heutige Ausgabe der SUEDEUTSCHEN ZEITUNG (28.12.02).

Bekanntlich ist zur Jahreswende Optimismus Pflicht. Allerdings duerfte er sich wie z.B. im ausgehenden Jahr (vgl. Konjunktur- und Boersenprognosen, Steuerschaetzung und -entwicklung u.a.) als voellig haltlos erweisen, solange Wunschvorstellungen oder Expertisen vermeintlich unabhaengeriger Fachleute und Verbaende den Blick auf die nuechternen Fakten unserer und anderer Gesellschaften verstellen. Eine der schoensten und ueberparteilich gemeinsam gepflegten Illusionen ist gegenwaertig der Glaube, Familienpolitik muesste sich in den naechsten Jahren auf den massiven Ausbau der staatlich organisierten Kinderbetreuung konzentrieren. Dies wuerde zu **mehr Kindern und zu mehr materiellem Wohlstand bei Familien fuehren**. Eine **naehere Pruefung dieses „Patentrezeptes“** zeigt, dass es genauso **wenig tragfaehig** ist wie vergleichbare Einfach-Formeln in anderen Politikfeldern (z.B. Ausbau des Niedriglohnsektors u.ae. am „Standort Deutschland“, der schon immer von der Kreativitaet und Innovationskraft seiner nachwachsenden Generation gelebt hat). Naehere Informationen zu unserem heutigen Meinungsbeitrag finden Sie unten.

Mit freundlichen Gruessen
HBF-Pressedienst

SUEDEUTSCHE ZEITUNG, Samstag 28.12.02, Seite 2

Aussenansicht

Bessere Betreuung – mehr Kinder?

Von Kostas Petropulos

Beim Streit um die richtige Familienpolitik schenken sich Regierung und Opposition nichts. Doch der lautstarke Streit verdeckt ein neues, grosses Buendnis: Von Rot bis Schwarz, vom Bund bis hinunter zu den Kommunen, von der Wirtschaft, den Gewerkschaften, ueber die Kirchen bis hin zu den Wohlfahrtsverbaenden schallt es wie aus einem Mund: „Mehr oeffentliche Kinderbetreuung braucht das Land!“ Dieses Mittel, so sind sich alle einig, ist der Schluessel zum Erfolg im Kampf gegen die dramatische Vergreisung unseres Landes.

Mit mehr und fruehzeitigen Ganztagsangeboten koennten Eltern, vor allem die Muetter, durch eigene Erwerbstaetigkeit nicht nur Armut verhindern, sondern am allgemeinen Wohlstand teilhaben und – ein erfreulicher „Nebeneffekt“ – die Geburtenrate hierzulande wieder steigen lassen. Dieser Glaubenssatz ist nach der Bundestagswahl zum Herzstueck rot-gruener Familienpolitik avanciert.

(....)

Aber selbst wenn man von den Wuenschen der Paare absieht. **Geht die Formel „Mehr oeffentliche Kinderbetreuung = Mehr Frauenerwerbstaetigkeit = Mehr Kinder“ tatsaechlich so auf? Neidvoll werden uns Frankreich oder die skandinavischen Laender als Vorbilder praesentiert. Selbst der Osten Deutschlands sei in dieser Hinsicht dem Westen weit voraus. Die Wirklichkeit sieht freilich deutlich grauer als diese Idealbilder aus.**

(...)

um den vollständigen Beitrag einzusehen, klicke Sie [HIER](#)

HBF-Lesetip ZAW-Gutachten: Das Elend am Arbeitsmarkt oder vom vergessenen Sinn einer Volkswirtschaft

Tuebingen, 5. September 2002

Sehr geehrte Damen und Herren,

Selbst nach den bekanntlich aeusserst zuverlaessigen, amtlichen Arbeitsmarktstatistiken, die schon seit langem zu einer bemerkenswerten Innovationsfreude herausfordern (z.B. „Neudefinition von Arbeitslosigkeit in der amtlichen Statistik“ (geplant). AP-Meldung 31. Juli 2002), ist **das Scheitern traditioneller Wachstums- und Beschaeftigungspolitik nicht zu uebersehen.**

Auch die politisch und medienwirksam hoch gehandelten Konzepte versprechen bei nuechterner Betrachtung kaum echte Abhilfe: Ich-AGs der Hartz-Kommission bzw. die Niedriglohnoffensive der Opposition oder neue, gefeierte „Produktionsleuchtuerme“ (z.B. das gerade von Bundeskanzler Gerhard Schroeder eingeweihte, "klimafoerdernde" Porsche-Werk im (diesmal noch) nicht ueberfluteten Leipzig) oder „revolutionaere“ gentechnische Lebensmittel und Medikamente duerften naemlich ueber kurz oder lang an ihre absehbaren sozialen, oekologischen und gesundheitlichen Grenzen stossen.

Gleichzeitig verdeutlichen Bevoelkerungs-, aber auch die Gesundheit-, Jugendhilfe- oder Bildungsstatistiken, dass es **im Bereich des Nachwuchssektors dringenden Handlungsbedarf gibt.** Allerdings haben die jahrzehntelange Steuer-, Abgaben-, Wirtschafts- und Verteilungspolitik dazu gefuehrt, dass **dieser zentrale, zukunftssichernde Sektor dramatisch unterfinanziert** ist und bei den gegenwaertigen gesellschaftlichen und politischen Prioritaeten weiterhin bleibt.

AEndern wir diese, dann wird eine volkswirtschaftlich vernuenftige **Umleitung unseres Volkvermoegens etwa von den Kapitalmaerkten oder umgewidmeten oeffentlichen Haushalten** moeglich. Geschaehet dies z.B. ueber **"Erziehungsgehalt/Einkommen" fuer alle Familien**, dann sind auf dem Erwerbsarbeitsmarkt tiefgreifende Umwaelzungen zu erwarten. Dies belegt plausibel das neue **Gutachten des Bonner Zentrums fuer Angewandte Wirtschaftsforschung (ZAW).**

Das von renommierten Fachleuten z.B. dem Freiburger Finanzwissenschaftler Alois Oberhauser kritisch gepruefte Gutachten

MAKSIME

**Makrooekonomische Simulation eines zusaetzlichen Erziehungseinkommens
Gutachten**

erstellt im Auftrag

der Katholischen Erwachsenenbildung (KEB) e.V.

im Kreis Saarlouis

von

**Prof. Dr. Manfred Kiy und
Prof. Dr. Reiner Clement
unter Mitarbeit von
Dr. Bruno Kaltenborn und
Jasmin Thome
Bonn, im Januar 2002**

das Gutachten finden Sie in voller Länge unter:

<http://home.t-online.de/home/halume/probe/gutachten-lang.htm#Langfassung>

HBF-Meldung: Familienwissenschaftlicher Beirat fordert "Eltern als Bildungsinstanz deutlich staerken!" - Noch unveroeffentliches Gutachten

Tue, 23 Jul 2002 11:27:29 +0200

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen der PISA-Debatte haben wir darauf verwiesen, dass die **zentrale Rolle der Eltern bei der Bildungsdebatte** gerade von der Politik voellig verkannt wird (HBF-PM vom 20. Juni 2002: "Die Bildungsdebatte vom Kopf auf die Fuesse stellen! Erziehung und Persoenlichkeitsbildung der ersten Lebensjahre stellen Weichen fuer Schulerfolg"). Erfreulicherweise **bestaetigt der Wissenschaftliche Beirat fuer Familienfragen beim Bundesministerium fuer Familie, Senioren, Frauen und Jugend** in seiner neuesten, noch unveroeffentlichten **Stellungnahme** unsere Einschaeztung (siehe Anlage).

Mit freundlichen Gruessen
HBF-Pressedienst

**Die bildungspolitische Bedeutung der Familie -
Folgerungen aus der PISA-Studie
Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats fuer Familienfragen**

(...)

den vollstaendigen Beitrag finden Sie auf unser Internetseite in Rubrik "Aktuelles" unter dem Datum [23. Juli 2002](#)

[- zurueck zur Übersicht -](#)
<![endif]>

Institut zur Aufwertung der Erziehungsarbeit (Berlin); Alfred Rollinger, Vizepräsident des Sozialgerichtes Trier a.D. und ehem. Vorsitzender Familienbund, Bistum Trier; - GESCHÄFTSSTELLE Eschbachstr.6, 79199 Kirchzarten, Tel: 07661-62062, Fax: - 62338 - SPENDENKONTO: Dresdner Bank Freiburg, Kto.-Nr. 4 005 338 (BLZ 680 800 30) - Kennwort: "Familienbüro"